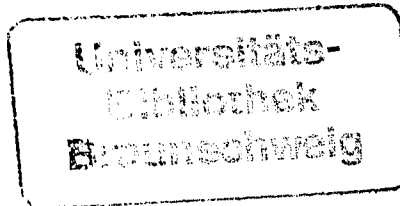


TU-Verteiler 3
Abteilung 36 (40 Ex)

Aushang



Nr. 256
26.11.2002

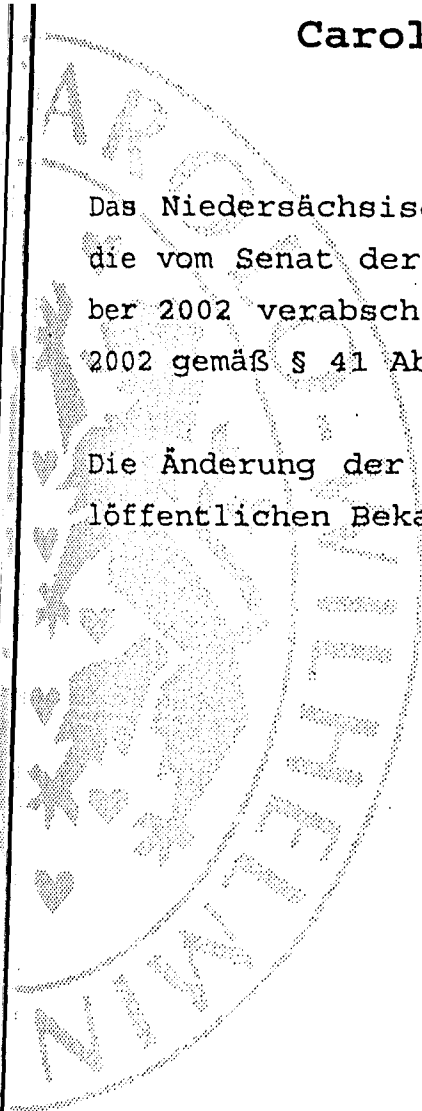
Herausgegeben vom
Präsidenten der
Technischen Universität
Carolo-Wilhelmina
zu Braunschweig

Redaktion:
TU-Abteilung 36
Pockelsstraße 14
38106 Braunschweig
Tel. 0531/391-4308
Fax 0531/391-4575

Vorläufige Grundordnung der Technischen Universität Carolo-Wilhelmina zu Braunschweig

Das Niedersächsische Ministerium für Wissenschaft und Kultur hat die vom Senat der TU Braunschweig in seiner Sitzung vom 23. Oktober 2002 verabschiedete Änderung der Grundordnung am 11. November 2002 gemäß § 41 Abs. 1 NHG genehmigt.

Die Änderung der Grundordnung tritt am Tage nach ihrer hochschulöffentlichen Bekanntmachung, am 27. November 2002, in Kraft.



Vorläufige Grundordnung der Technischen Universität Carolo-Wilhelmina zu Braunschweig

Auf der Grundlage des Gesetzes zur Hochschulreform in Niedersachsen (Hochschulreformgesetz) vom 24. Juni 2002 (Nds. GVBl. S. 286) hat der Senat mit Beschluß vom 23. Oktober 2002 die Grundordnung in der Fassung vom 25. März 2000 geändert und die nachstehende Vorläufige Grundordnung beschlossen.

§ 1

Name, Rechtsstellung und Dienstsiegel der Technischen Universität

- (1) Die Universität trägt den Namen "Technische Universität Braunschweig". Sie führt zusätzlich die historische Bezeichnung "Carolo-Wilhelmina". Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit dem Recht zur Selbstverwaltung. Sie erfüllt als Hochschule in Trägerschaft des Staates staatliche Angelegenheiten als Einrichtung des Landes Niedersachsen. Die Technische Universität Braunschweig ist ein Landesbetrieb gemäß § 26 Landeshaushaltsordnung (LHO). Sie führt das Landessiegel.
- (2) Die Technische Universität Braunschweig hat das Recht der Promotion, der Habilitation und der Verleihung akademischer Grade und Ehrentitel.
- (3) Die Technische Universität Braunschweig führt in Selbstverwaltungsangelegenheiten ein eigenes Siegel mit folgendem Emblem:
"Senkrecht geteiltes Oval mit zwei übereinander angeordneten schreitenden Leoparden im linken Feld und einem aufrecht stehenden Löwen im rechten Feld, das mit acht Herzen verziert ist. Die Umschrift des Siegels enthält den Namen und die historische Bezeichnung nach Absatz 1."

§ 2

Aufgaben

- (1) Die Technische Universität Braunschweig hat die Aufgabe, Wissenschaft und Kunst in freier Forschung, freier Lehre und freiem Studium zu pflegen. Sie versteht sich als eine Gemeinschaft von Personen, die im Bewußtsein der Verantwortung vor Verfassung und Gesellschaft forschen, lehren und lernen.
- (2) Im Rahmen ihrer Aufgaben dient die Technische Universität Braunschweig der Pflege und der Entwicklung der naturwissenschaftlichen, ingenieurwissenschaftlichen, geisteswissenschaftlichen, wirtschaftswissenschaftlichen, sozialwissenschaftlichen und erziehungswissenschaftlichen Disziplinen in Forschung, Lehre und Studium. Sie trägt zur Bildung ihrer Mitglieder und Angehörigen bei.
- (3) Die Technische Universität Braunschweig pflegt auch das weiterführende Studium und beteiligt sich an Veranstaltungen der Weiterbildung. Sie fördert die Weiterbildung ihrer Mitglieder.

- (4) Die Technische Universität Braunschweig schafft die Voraussetzungen für eine angemessene kulturelle und sportliche Betätigung ihrer Mitglieder und Angehörigen, sowie für die Entwicklung von deren studien- und berufsbezogener fremdsprachlicher Kompetenz. Sie berücksichtigt die besonderen Bedürfnisse ausländischer Studierender.
- (5) Die Technische Universität Braunschweig trägt bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zur Verwirklichung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern bei und ergreift wirksame Maßnahmen zur Beseitigung von Nachteilen, die für Frauen bestehen.
- (6) Weitere Aufgaben der Technischen Universität ergeben sich aus § 3 NHG.

§ 3

Universitätsleitung

- (1) Die Technische Universität Braunschweig wird von einem Präsidium in eigener Verantwortung geleitet. Dem Präsidium gehören neben der Präsidentin oder dem Präsidenten eine hauptamtliche Vizepräsidentin oder ein hauptamtlicher Vizepräsident sowie drei nebenamtliche Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten an. Die Präsidentin oder der Präsident vertritt die Technische Universität Braunschweig nach außen, führt den Vorsitz im Präsidium und legt die Richtlinien für das Präsidium fest. Die Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten nach Absatz 1 nehmen ihre Aufgaben selbstständig wahr. Die Richtlinienkompetenz der Präsidentin oder des Präsidenten umfasst auch die Ressortaufteilung für die Vizepräsidentenämter.
- (2) Die Mitglieder des Präsidiums treffen regelmäßig zu Sitzungen zusammen. Der Senat ist in geeigneter Weise über die Beschlüsse des Präsidiums zu informieren. Das Präsidium gibt sich eine Geschäftsordnung.
- (3) Die Präsidentin oder der Präsident wird von den Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten vertreten. Während der Dauer der Stellvertretung haben die Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten mit Ausnahme von hauptamtlich wahrzunehmenden Aufgaben die gleichen Rechte und Pflichten wie die Präsidentin oder der Präsident. Für die hauptamtlich wahrzunehmenden Aufgaben der Personalverwaltung und der Finanzverwaltung wird die Präsidentin oder der Präsident von der Vizepräsidentin oder dem Vizepräsidenten vertreten, in deren oder dessen Ressort diese Aufgaben fallen. Bei ihrer oder seiner Abwesenheit oder falls diese Aufgaben nicht von Vizepräsidenten, sondern von der Präsidentin oder dem Präsidenten selbst wahrgenommen werden, wird sie oder er durch die dienstälteste anwesende Beamtin oder durch den dienstältesten anwesenden Beamten der Universitätsverwaltung mit Befähigung zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst vertreten. Soweit Aufgaben nicht hauptamtlich wahrzunehmen sind, wird die Präsidentin oder der Präsident, falls auch die übrigen Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten verhindert sind, von der oder dem dienstältesten Vorsitzenden einer gemeinsamen Fakultät oder Dekanin bzw. Dekan eines Fachbereichs vertreten.
- (4) Die Präsidentin oder der Präsident wird auf Vorschlag des Senats ernannt oder bestellt. Der Senat richtet zur Vorbereitung des Vorschlages eine Findungskommission ein, die zu gleichen Teilen aus Vertreterinnen und Vertretern der Hochschule sowie des Hochschulrats zusammengesetzt ist. Eine Vertreterin oder ein Vertreter des Ministeriums für Wissenschaft und Kultur nimmt mit beratender Stimme teil. Der Senat beschließt den Vor-

schlag. Eine Ordnung regelt das Nähere zum Verfahren. Die Amtsdauer der Präsidentin oder des Präsidenten beträgt bei der erstmaligen Bestellung sechs Jahre und bei Wiederwahl acht Jahre. Der bei In-Kraft-Treten des Hochschulreformgesetzes amtierende Präsident kann gemäß § 72 Abs. 9 NHG ohne öffentliche Ausschreibung der Stelle vom Senat mit der Mehrheit seiner Mitglieder für eine Amtszeit bis zum 31. Dezember 2004 wiedergewählt werden.

- (5) Die Regelungen in Absatz 4 (Sätze 1 – 5) gelten entsprechend für die Wahl der Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten mit der Maßgabe, dass der Vorschlag der Findungskommission im Einvernehmen mit der Präsidentin oder dem Präsidenten erfolgt. Die Amtszeit für hauptamtliche Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten beträgt sechs und bei Wiederwahl acht Jahre, für andere Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten zwei Jahre; Wiederwahl ist zulässig. Die Wahlen sollen so erfolgen, dass sich die Amtszeiten jeweils überschneiden. Die Amtszeit für zwei der nebenamtlichen Vizepräsidentenämter beginnt jeweils am 1. Oktober und endet mit Ablauf des 30. September des übernächsten Jahres. Die Amtszeit des dritten nebenamtlichen Vizepräsidentenamtes beginnt jeweils am 1. April und endet mit Ablauf des 31. März des übernächsten Jahres. Die bei In-Kraft-Treten des Hochschulreformgesetzes vorhandenen Vizepräsidenten nehmen ihre Geschäfte bis zum Ende der bei der Bestellung festgelegten Amtsdauer wahr.
- (6) Mit In-Kraft-Treten des Hochschulreformgesetzes wird der Kanzler in das Amt eines hauptamtlichen Vizepräsidenten übergeleitet. Näheres regelt § 72 Abs. 11 NHG.
- (7) Die bestehenden Senatskommissionen arbeiten in bisheriger Gruppenzusammensetzung als beratende Gremien dem Präsidium zu. Zum Beginn des Sommersemester 2003 werden die neuen Mitglieder von ihren jeweiligen Gruppen im Senat vorgeschlagen und vom Präsidium bestellt.
- (8) Im übrigen gelten die §§ 37, 38, 39, 40 NHG.

§ 4 Senat

- (1) Der bei In-Kraft-Treten des Hochschulreformgesetzes bestehende Senat ist für die nach diesem Gesetz festgelegten Aufgaben zuständig und nimmt diese Aufgaben bis zum Beginn der Amtszeit des nach § 72 Absatz 1 NHG neu zu wählenden Senats wahr. Die Amtszeit des neu zu wählenden Senats beginnt am 01. Februar 2003 und endet am 31. März 2005, sofern nicht in der endgültigen Grundordnung eine kürzere Amtszeit für diesen Senat festgelegt wird. Der Senat besteht nach Maßgabe des § 72 Abs. 1 NHG aus 13 stimmberechtigten Mitgliedern, die nach Gruppen direkt gewählt werden.
- (2) Dem Senat gehören mit beratender Stimme an: die Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten, die Vorsitzenden der Gemeinsamen Fakultäten, die Dekaninnen oder Dekane der Fachbereiche sowie die Frauenbeauftragte.
- (3) Die Präsidentin oder der Präsident beruft die Senatssitzungen ein und führt ohne Stimmrecht den Vorsitz.

§ 5 Hochschulrat

An der Technischen Universität Braunschweig ist als besonderes Organ der Hochschule ein Hochschulrat einzurichten, der die Aufgaben nach § 52 NHG wahrnimmt. Der Hochschulrat besteht aus sieben stimmberechtigten Mitgliedern, von denen mindestens drei Frauen sein sollen. Der Senat bestellt vier, das Fachministerium drei Mitglieder des Hochschulrates, die nicht Mitglieder der Hochschule sein dürfen. Der Beschluss des Senats bedarf der Mehrheit seiner Mitglieder für jedes zu bestellende Mitglied des Hochschulrates. Der für diesen Beschluss zuständige Senat legt rechtzeitig Regelungen zum Verfahren der Bestellung mit einer Zweidrittelmehrheit seiner Mitglieder fest. Die Amtszeit der Mitglieder des Hochschulrates beträgt vier Jahre, eine einmalige Wiederwahl ist zulässig.

§ 6 Fachbereiche und Gemeinsame Fakultäten

- (1) Der Fachbereich ist die organisatorische Grundeinheit der Technischen Universität. Ein Fachbereich soll verwandte und benachbarte Fachgebiete umfassen. Die an der Technischen Universität Braunschweig eingerichteten Gemeinsamen Fakultäten nehmen die ihnen nach § 109 NHG in der bis zum Inkraft-Treten des Hochschulreformgesetzes geltenden Fassung (NHG a.F.) obliegenden Aufgaben weiterhin wahr.
- (2) Über die Einrichtung, Änderung und Aufhebung von Fachbereichen und Gemeinsamen Fachbereichen entscheidet das Präsidium nach Anhörung der beteiligten Fachbereiche und nach Stellungnahme des Senats.
- (3) Das Dekanat leitet den Fachbereich und nimmt insbesondere die Aufgaben gem. § 43 NHG wahr. Ihm gehören neben der Dekanin oder dem Dekan mindestens eine Studiendekanin oder ein Studiendekan an. Dem Dekanat können bis zu drei weitere Mitglieder aus allen Statusgruppen angehören; die Mehrheit der Hochschullehrergruppe ist zu gewährleisten. Der zuständige Fachbereichsrat legt mit einer Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder für jede Amtszeit die Anzahl der Mitglieder des Dekanats fest und wählt dessen Mitglieder mit einfacher Mehrheit. Die Amtszeit des Dekanats beträgt zwei Jahre. § 3 Absatz 2 gilt entsprechend. Bei Beschlüssen, die den Verantwortungsbereich der Studiendekanin oder des Studiendekans betreffen, gibt ihre oder seine Stimme bei Stimmengleichheit den Ausschlag, in allen übrigen Angelegenheiten die der Dekanin oder des Dekans.
- (4) Die Dekanin oder der Dekan sitzt dem Dekanat vor, vertritt den Fachbereich innerhalb der Hochschule und legt die Richtlinien für das Dekanat fest. Die Wahl der Dekanin oder des Dekans bedarf der Bestätigung des Präsidiums. Als Dekanin oder als Dekan ist eine Professorin oder ein Professor des Fachbereichs wählbar. Die Dekanin oder der Dekan kann auf Antrag und mit Zustimmung des Fachbereichsrats vom Präsidium für die Dauer der Amtszeit von den dienstlichen Aufgaben als Professorin oder als Professor ganz oder teilweise freigestellt werden.

- (5) Die Dekanin oder der Dekan des Fachbereichs bzw. die oder der Vorsitzende der Gemeinsamen Fakultät werden von den Amtsvorgängerinnen oder Amtsvorgängern in rücklaufender Reihenfolge vertreten, sofern diese dem Gremium angehören. Gehört keine der Amtsvorgängerinnen oder keiner der Amtsvorgänger dem Fachbereichsrat bzw. der Gemeinsamen Fakultät an, so obliegt die Vertretung den übrigen Professorinnen oder Professoren des Fachbereichsrats bzw. der Gemeinsamen Fakultät in der Reihenfolge des Dienalters. Vertritt ein Mitglied des Fachbereichsrats bzw. der Gemeinsamen Fakultät die Dekanin oder den Dekan bzw. die Vorsitzende oder den Vorsitzenden der Gemeinsamen Fakultät, so hat es im Fachbereichsrat oder in der Gemeinsamen Fakultät kein Stimmrecht.
- (6) Der Fachbereichsrat nimmt insbesondere die Aufgaben nach § 44 NHG wahr und ist auch für den Beschluss von Ordnungen zuständig, die das Studium und die Weiterqualifikation betreffen. Ihm gehören 13 Mitglieder mit Stimmrecht an. Sie werden nach Gruppen unter Wahrung der Mehrheit der Hochschullehrergruppe im Verhältnis 7:2:2:2 direkt gewählt. Die Dekanin oder der Dekan führt ohne Stimmrecht den Vorsitz.
- (7) Im Übrigen gelten die §§ 43 und 44 NHG.

§ 7

Studienkommission, Studiendekanin oder Studiendekan

- (1) Die Hochschule richtet in jedem Fachbereich mindestens eine Studienkommission ein, der neben den Vertretern der Studierenden auch Vertreter der anderen Statusgruppen angehören, die Mitglieder der MTV – Gruppe haben in der Studienkommission kein Stimmrecht. Bei Fachbereichen mit inhaltlich sehr unterschiedlichen Studiengängen können mehrere Studienkommissionen eingerichtet werden. Das für die Lehre zuständige Mitglied des Präsidiums bestimmt nach Vorschlag des betreffenden Fachbereiches die Zahl und Größe der Studienkommissionen, ihre Zuständigkeiten für einzelne Studiengänge und ihre Zuordnung zu einer oder mehreren Fachbereichen. Die Mitglieder der Studienkommission werden von der Mitgliedergruppe des Fachbereichsrats des Fachbereichs gewählt, dem die Studienkommission zugeordnet ist. Bei fachbereichsübergreifenden Studienkommissionen wird das Wahlverfahren in einer Ordnung geregelt.
- (2) Die Studiendekanin oder der Studiendekan ist verantwortlich für die Sicherstellung des Lehrangebotes und der Studienberatung sowie für die Durchführung der Prüfungen. Sie oder er führt ohne Stimmrecht den Vorsitz einer Studienkommission. Die Studiendekanin oder der Studiendekan sowie mindestens eine Stellvertreterin oder ein Stellvertreter werden auf Vorschlag der Studienkommission von dem betreffenden Fachbereichsrat, dem die Studienkommission zugeordnet ist, gewählt. Ist eine Studienkommission mehreren Fachbereichen zugeordnet, bestimmt das für die Lehre zuständige Präsidiumsmitglied nach Vorschlag der Studienkommission, welche Studiendekanin oder welcher Studiendekan den Vorsitz führt. Als Studiendekanin oder als Studiendekan bzw. als deren Stellvertreterin oder dessen Stellvertreter sind Mitglieder der Hochschullehrergruppe oder der Mitarbeitergruppe wählbar.

- (3) Die Studienkommission und die Studiendekanin oder der Studiendekan nehmen ihre Aufgaben gemäß § 45 NHG wahr.

§ 8

Wissenschaftliche und zentrale Einrichtungen

- (1) Die Fachbereiche gliedern sich in Institute oder Seminare, die soweit zweckmäßig, als Zusammenschluss von Forschungs- und Lehrgebieten zu errichten sind und insbesondere in Abteilungen gegliedert werden können. Änderungen, die die Gliederung eines Fachbereiches betreffen, beschließt das Präsidium auf Vorschlag des jeweiligen Dekanats.
- (2) Die Leitung der wissenschaftlichen Einrichtungen obliegt einem Vorstand, der in der Regel aus drei Mitgliedern der Hochschullehrergruppe besteht. Dem Vorstand können zusätzlich je ein Mitglied der Mitarbeitergruppe und der MTV-Gruppe mit Stimmrecht angehören. Der zuständige Fachbereichsrat legt mit einer Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder in einer Ordnung die Anzahl und Gruppenzugehörigkeit der zusätzlichen Mitglieder der einzelnen Institutsvorstände fest. Das Stimmrecht der zusätzlichen Mitglieder ruht, sofern dem Vorstand weniger als drei Hochschullehrer angehören. Die Geschäftsführung obliegt einem Mitglied der Hochschullehrergruppe. Die Vorstandsmitglieder werden von den Vertreterinnen und Vertretern der an der wissenschaftlichen Einrichtung tätigen Angehörigen ihrer Gruppe gewählt. Die übrigen Angehörigen der Hochschullehrergruppe sowie gewählte Angehörige der anderen Statusgruppen können an den Sitzungen des Vorstandes beratend teilnehmen.
- (3) Wissenschaftliche Einrichtungen und Betriebseinheiten, die der gesamten Technischen Universität dienen, sind als zentrale Einrichtungen zu errichten und zu verwalten. Zum Erreichen fachübergreifender wissenschaftlicher Ziele können auch Zentren gebildet werden. Die zentralen Einrichtungen sind dem Präsidium zugeordnet. Näheres zu den Aufgaben, der Organisation und der Benutzung regelt der Senat durch Ordnungen.
- (4) Ergänzend gelten in der Übergangszeit bis zur Verabschiedung entsprechender Regelungen in der Grundordnung die §§ 111 bis 113 sowie die §§ 115 bis 119 NHG a. F. mit folgender Maßgabe fort:
- a) Zu § 111:
Absatz 1 Satz 2 erhält folgende Fassung:
„Ein Errichtungsbeschluß, den das Präsidium auf Vorschlag des Dekanats fasst, bestimmt die Aufgaben der wissenschaftlichen Einrichtung und bezeichnet ihre Ausstattung.“ In Absatz 2 Satz 2 wird das Wort „Ministerium“ durch das Wort „Präsidium“ ersetzt. Absatz 2 Satz 3 erhält folgende Fassung: „Der Antrag ist vom Dekanat zu stellen.“ Absatz 7 Satz 3 entfällt.
 - b) § 117 Absatz 2 Satz 2 entfällt.
 - c) Zu § 118:
Absatz 2 entfällt. Absatz 3 erhält folgende Fassung: „Die Leitung des Rechenzentrums wird vom Präsidium ernannt.“ Absätze 4 und 5 entfallen.
 - d) In § 119 wird der Verweis „§ 2 Absatz 4 und 5 Satz 2“ ersetzt durch den Verweis „§ 2 Absatz 3 und 4 HRG in Verbindung mit § 3 NHG.“

§ 9**Kommission für Frauenförderung und Gleichstellung**

- (1) Aus dem Kreis aller Hochschulfrauen wird eine Kommission für Frauenförderung und Gleichstellung (KFG) gebildet.
- (2) Die KFG setzt sich aus je zwei Vertreterinnen der einzelnen Mitgliedergruppen zusammen. Die Mitglieder werden nach den für die Organe und Gremien geltenden Grundsätzen unmittelbar gewählt und anschließend vom Senat eingesetzt.
- (3) Die Wahl wird mit den Wahlen zum Senat und zu den Fachbereichsräten verbunden. Der Hochschulwahlausschuss ist gleichzeitig Wahlausschuss für die Wahl der KFG. Die Amtszeit der studentischen Mitglieder der KFG beträgt ein Jahr, die Amtszeit der übrigen Mitglieder beträgt zwei Jahre.
- (4) Die KFG gibt sich eine Geschäftsordnung.
- (5) Die KFG vertritt alle weiblichen Mitglieder und Angehörigen der Technischen Universität Braunschweig. Sie erarbeitet insbesondere für die Leitung der Hochschule und den Senat Vorschläge für die Wahrnehmung der Aufgaben nach § 3 Abs. 3 NHG
- (6) Zu den Aufgaben der KFG gehören insbesondere:
 - die Auswahl der zentralen Gleichstellungsbeauftragten
 - die Beratung und Unterstützung der Gleichstellungsbeauftragten
 - die Entgegennahme des jährlichen Rechenschaftsberichtes der Gleichstellungsbeauftragten.
 Des Weiteren achtet die KFG auf die ordnungsgemäße Durchführung der Wahlverfahren für die dezentralen Gleichstellungsbeauftragten und bestätigt diese.
- (7) Die KFG entwirft den Frauenförderplan als Teil der Entwicklungsplanung der Hochschule. Hierbei sind nach Anhörung der betroffenen zentralen Einrichtungen, Fachbereiche oder wissenschaftlichen Einrichtungen Festlegungen insbesondere über die Ausgabemittel, Verpflichtungsermächtigungen, Planstellen und anderen Stellen, die vorrangig der Verwirklichung der Aufgabe nach § 3 Abs. 3 NHG gewidmet sind, vorzusehen.

§ 10**Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte**

Der Senat wählt auf Vorschlag der Kommission für Frauenförderung und Gleichstellung eine hauptberufliche Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte (Gleichstellungsbeauftragte); die Stelle ist öffentlich auszuschreiben. Die Amtszeit der Gleichstellungsbeauftragten beträgt vier Jahre. Die bei In-Kraft-Treten des Hochschulreformgesetzes im Amt befindliche Frauenbeauftragte der Universität nimmt die Aufgaben der Gleichstellungsbeauftragten nach dem NHG bis zum Ende ihrer Amtszeit wahr.

§ 11

Mitwirkung in der akademischen Selbstverwaltung

- (1) Die Mitglieder der Technischen Universität haben das Recht und die Pflicht, nach Maßgabe des NHG und dieser Ordnung an der Erfüllung der Aufgaben der Technischen Universität und an der Selbstverwaltung mitzuwirken. Mitglieder, die als solche in einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis stehen, erfüllen diese Pflicht zugleich als eine ihnen dienstlich obliegende Aufgabe.
- (2) Die Übernahme einer Funktion in der Selbstverwaltung darf nur aus wichtigem Grund abgelehnt werden (z.B. besondere Belastungen oder Einschränkungen im persönlichen Bereich, mehrmalige Wahrnehmung vergleichbarer Funktionen in der Selbstverwaltung, außergewöhnliche Belastung durch laufende Forschungsvorhaben).
- (3) Für einen Rücktritt aus einem Amt gilt Absatz 2 entsprechend.
- (4) Mitglieder der Hochschullehrergruppe, der Mitarbeitergruppe und der MTV-Gruppe können sich zur Regelung ihrer Mitwirkung in den Selbstverwaltungsgremien der Technischen Universität und zur Vertretung ihrer hochschulbezogenen Interessen organisieren. Beschlüsse dieser Organisationen haben keinen Bindungscharakter für Mitglieder von Gremien der akademischen Selbstverwaltung. Wird von den jeweiligen Gruppen eine Geschäftsordnung beschlossen, so ist diese der Präsidentin oder dem Präsidenten zur Kenntnis zu geben.
- (5) Die Mitglieder der Gruppe der Studierenden sind außerdem in den Organen der Studierendenschaft organisiert. Im Übrigen gelten die §§ 20 und 37 Abs. 3 NHG.
- (6) Mitglieder der Technischen Universität Braunschweig sind die an der Universität nicht nur vorübergehend oder gastweise hauptberuflich Tätigen, die eingeschriebenen Studierenden sowie die Doktorandinnen und Doktoranden (§ 16 Abs. 1 NHG) und die in § 16 Abs. 1 Satz 4 und § 29 Satz 1 NHG genannten Personen.
Angehörige der Technischen Universität Braunschweig sind nach Maßgabe des § 16 Abs. 3 Satz 1 in Verbindung mit Satz 2 NHG:
 1. die im Ruhestand befindlichen sowie die entpflichteten Professorinnen und Professoren,
 2. die hauptberuflich, jedoch innerhalb eines Jahres weniger als sechs Monate an der Hochschule Tätigen,
 3. die nebenamtlich oder nebenberuflich an der Hochschule Tätigen,
 4. die Honorarprofessorinnen und Honorarprofessoren,
 5. die Gastwissenschaftlerinnen und Gastwissenschaftler,
 6. die Lehrbeauftragten,
 7. die Privatdozentinnen und Privatdozenten sowie die außerplanmäßigen Professorinnen und Professoren,
 8. die Habilitanden,
 9. die Ehrensensatorinnen und Ehrensensatoren sowie die Ehrenbürgerinnen und Ehrenbürger,
 10. die Gasthörerinnen und Gasthörer,

11. die Personen, die sich in einer mit der Hochschule verbundenen öffentlich-rechtlichen Einrichtung in einem Ausbildungsverhältnis befinden,
 12. die in einem Sonderforschungsbereich selbstständig wissenschaftlich Tätigen,
 13. die mit Zustimmung des zuständigen Organs in der Hochschule Tätigen,
 14. die Mitglieder des Hochschulrates.
- (7) Die in §§ 39, 41 NHG a. F. enthaltenen Regelungen zur Mitwirkung in der akademischen Selbstverwaltung und zur Rechtsstellung von Mitgliedern in Gremien gelten bis zur Verabschiedung der endgültigen Grundordnung fort. Die regelmäßige Amtszeit in den Organen, in den Kommissionen und den sonstigen Gremien beträgt zwei Jahre, die Amtszeit der Vertretung der Studierenden beträgt ein Jahr.
- (8) Wahlen erfolgen in freier, gleicher und geheimer Wahl und in der Regel nach den Grundsätzen der personalisierten Verhältniswahl. Bei der Aufstellung von Wahlvorschlägen sollen Frauen zu einem Anteil von mindestens 50 vom Hundert berücksichtigt werden. Näheres regelt die Wahlordnung.
- (9) Bei Besetzungen von Organen, Gremien und Kommissionen, die nicht aufgrund einer Wahl erfolgen, sollen Frauen angemessen berücksichtigt werden. Mindestens 40 vom Hundert der stimmberechtigten Mitglieder sollen Frauen sein.

§ 12

Nutzung von Hochschuleinrichtungen

Die Mitglieder und Angehörigen sowie im Ruhestand befindliche, ehemalige Mitglieder haben das Recht, alle Einrichtungen der Universität im Rahmen der Benutzungsordnungen zu benutzen.

§ 13

Berufungen

- (1) Für Berufungsverfahren gelten die §§ 52 bis 54 NHG a. F. bis zu einer in § 26 Abs. 2 NHG vorgesehenen Neuregelung (§ 72 Abs. 8 NHG). Bis zum In-Kraft-Treten dieser Regelung gelten im Übrigen die nachstehenden Bestimmungen.
- (2) Der Berufungsvorschlag für ein Professorenamt wird auf Vorschlag einer Berufungskommission vom Fachbereich bzw. von der Gemeinsamen Fakultät aufgestellt.
- (3) Berührt das Fachgebiet einer zu besetzenden Professorenstelle das Fachgebiet eines anderen Fachbereiches, so soll dieser Fachbereich bei der Aufstellung des Berufungsvorschlages beteiligt werden.
- (4) Die Beteiligung kann durch Aufnahme von stimmberechtigten Mitgliedern in die Berufungskommission oder durch Hinzuziehung von Beratern der betroffenen Fachbereiche erfolgen, über deren Nominierung diese entscheiden.

- (5) Jede neu ernannte Professorin und jeder neu ernannte Professor ist verpflichtet, innerhalb eines Jahres nach der Ernennung eine öffentliche Antrittsvorlesung zu halten.
- (5) Im Übrigen gilt § 42 Abs. 3 NHG.

§ 14

Honorarprofessoren, Ehrensenatoren, Ehrenbürger und Ehrendoktoren

- (1) An der Technischen Universität Braunschweig können Honorarprofessorinnen und Honorarprofessoren gemäß § 35 Abs. 1 NHG vom Präsidium auf Vorschlag des Fachbereichs und nach Stellungnahme des Senats bestellt werden. Das Nähere regelt eine Ordnung.
- (2) Der Senat bestimmt durch eine Ehrungsordnung die Voraussetzungen für die Verleihung der Würde einer Ehrensenatorin oder eines Ehrensenators bzw. einer Ehrenbürgerin oder eines Ehrenbürgers und regelt das Verfahren und die Mitwirkung der Fachbereiche und Gemeinsamen Fakultäten.
- (3) Die Ehrendoktorwürde wird von den Fachbereichen oder den Gemeinsamen Fakultäten mit Zustimmung des Senats verliehen. Näheres regeln die Promotionsordnungen der Fachbereiche oder der Gemeinsamen Fakultäten.

§ 15

Hochschulentwicklungsplanung

Zur Aufstellung und Fortschreibung der Entwicklungsplanung der Technischen Universität werden vom Präsidium Vorschläge entworfen, die unter Beteiligung der Fachbereiche und der Gemeinsamen Fakultäten beraten und vom Senat gemäß § 41 Abs. 2 NHG im Einvernehmen mit dem Präsidium beschlossen werden. Zur Hochschulentwicklungsplanung gehört auch die Aufstellung eines Frauenförderplans. Die Gleichstellungsbeauftragte wirkt bei der Entwicklungsplanung sowie bei der Erstellung des Frauenförderplans mit.

§ 16

Hochschulöffentliche Bekanntmachungen

Die hochschulöffentliche Bekanntmachung der von den Organen der Technischen Universität sowie den Fachbereichen und den Gemeinsamen Fakultäten erlassenen Satzungen und Ordnungen erfolgt durch das Verkündungsblatt "Amtliche Bekanntmachungen der Technischen Universität Braunschweig".

§ 17 Beschlüsse

Die Ordnungen der Technischen Universität (zum Beispiel Habilitations-, Promotions- oder Prüfungsordnungen, Geschäftsordnungen) können qualifizierte Mehrheitsentscheidungen vorsehen. Im Übrigen gelten die Regelungen in § 85 Abs. 1 bis 6 NHG a.F. vorläufig weiter.

§ 18 Übergangsregelung

Vorschriften des NHG a. F., die für weiterhin anwendbar erklärt werden, gelten als Bestandteile der Grundordnung. Entsprechendes gilt in der Übergangszeit bis zur endgültigen Anpassung der Grundordnung und anderer Ordnungen an das Hochschulreformgesetz für sonstige, die Selbstverwaltung betreffenden Regelungen, soweit nicht das Hochschulreformgesetz entgegensteht.

§ 19 In-Kraft-Treten der Vorläufigen Grundordnung

Diese Vorläufige Grundordnung tritt nach Genehmigung durch das Ministerium für Wissenschaft und Kultur am Tage nach ihrer hochschulöffentlichen Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Grundordnung vom 22.08.1997, in der Fassung vom 25.03. 2000, außer Kraft.